

# Gemeinsam nach Wegen suchen

**WEWELSFLETH.** „Es tut mir leid, daß ich den Zeitpunkt verpaßt habe, an dem die Brokdorfer CDU-Fraktion ihre Erklärung, bezugnehmend auf meinen Leserbrief, verlesen hat,“ erklärte Monica Paulsen aus Brokdorf, die der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe angehört.

Sie betonte, daß sie sonst an Ort und Stelle hätte vieles richtig stellen können. „Fairerweise wäre es wohl besser gewesen, hätte man die Stellen, auf die man sich in der Erklärung bezieht, wörtlich zitiert.“ Dann nämlich, so Frau Paulsen, hätte man vermieden, Behauptungen aufzustellen, die niemals gefallen seien.

„Es ist von mir nicht behauptet worden, daß die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder den Genehmigungsantrag der NWK nicht eingesehen habe. Mir bleibt unverständlich, wie aus „wenn Gemeinderatsmitglieder“ (wörtlich aus meinem Leserbrief) plötzlich die „Mehrheit“ werden kann.

Ferner ist von mir nicht behauptet worden, daß allein der Kreis meiner „Gesinnungsfreunde“ zur Information ausschlaggebend sei. Ich habe nur mein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß die Gemeindevertreter so wenig von den angebotenen Informationsveranstaltungen Gebrauch gemacht haben. Im übrigen sei bemerkt, daß es nicht nur ausschließlich die Bürgerinitiative war, die dazu eingeladen hatte. Der Erörterungstermin beispielsweise wurde von der Landesregierung angesetzt.

Auch sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß Mitgliedern der Bürgerinitiative der Zugang zu CDU-Veranstaltungen erschwert möglich war, während die Veranstaltungen der Bürgerinitiative von jedermann besucht werden können.“

Erfreulich zu werten sei (hier zitierte sie wörtlich) „daß niemand allein von sich behaupten darf, er könne sagen, nur seine Entscheidung, wie immer sie geartet sein mag, garantiere uns allen im vollen Umfang und allein eine erstrebende Zukunft.“ Da sie solches nie behauptet habe und die Brokdorfer CDU-Fraktion für sich dies auch nicht in Anspruch nehme, wäre es nun an der Zeit, gemeinsam nach den Wegen einer „erstrebenden Zukunft“ zu suchen.



**bl. WILSTER.** Anlässlich des seltenen Festes der diamantenen Hochzeit gratulierte Kreispräsidentin Annemarie Degkwitz den Jubelpaaren Anne und Hinrich Ehlers. Zahlreiche Gäste, Vertreter von Vereinen sowie Bürgermeister Armin March kamen, um dem Paar Glück und für die Zukunft alles Gute zu wünschen. Die Rundschau schließt sich dem an.

## Langfristige Gesamtplanung für KKW-Standorte

**hf. WILSTER.** Äußerst kritisch setzte sich der Wahlkreiskandidat der FDP d'Alquen anlässlich eines Gespräches mit dem Ortsvorstand seiner Partei in Wilster mit den Angriffen Ministerpräsident Stoltenberg an die Adresse des FDP-Spitzenkandidaten Uwe Ronneburger auseinander. Die Behauptung Ronneburgers würde unaufrichtig sein, wenn er die Standortentscheidung für das Atomkraftwerk ablehne und er würde seine Äußerung auf den jeweiligen Zuhörerkreis abstimmen, sei einfach falsch und trüge nicht zur Versachlichung des Wahlkampfes bei. Ronneburger habe den Standpunkt der Freien Demokraten umfassend und eindeutig am 7.2. auf einer Veranstaltung der Wilsteraner FDP klargelegt. Zur Verdeutlichung führte d'Alquen folgende Punkte an:

„Die Ansiedlung der Großindustrie darf nicht zu Lasten einer sauberen Umwelt gehen. Die Förderung der industriellen Entwicklung in Schleswig-Holstein muß grundsätzlich mit den verschärften Anforderungen des Umweltschutzes so in Einklang gebracht werden, daß beide Ziele gleichrangig erfüllt werden. Das landesplanerische Konzept, die Ansiedlung von Großindustrie im Land in Schwerpunkten wie z.B. im Raum Brunsbüttel zu konzentrieren, wird von uns grundsätzlich bejaht, jedoch ist die zu starke Konzentrierung der Landesmittel auf Jahre hinaus im Unterelbe-Raum nicht gerechtfertigt. Die Anzahl solcher Schwerpunkte ist zu beschränken, ihre räumliche Ausdehnung zu begrenzen. Auf jeden Fall muß verhindert werden, daß mehrere Schwerpunkte zu einem

Ballungszentrum zusammenwachsen. Das bedeutet z.B.: Im Bereich zwischen dem Hamburger Umland und dem Raum Brunsbüttel dürfen keine weitere die Umwelt belastende Industriebetriebe angesiedelt werden. Planungen von Industrieansiedlungen sind mit den Nachbarländern - unter Einschaltung der zuständigen parlamentarischen Gremien - so abzustimmen, daß umweltpolitische Gesichtspunkte besser berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Unterelberegion, in der durch unkoordinierte Industrieansiedlung in allen drei Anliegerländern das ökologische Gleichgewicht besonders bedroht und teilweise bereits erheblich gestört ist. Für die Unterelbe ist ein gemeinsamer Abwasserlastplan als Grundlage für alle wasserrechtlichen Genehmigungen zur Einleitung von industriellen und kommunalen Abwässern zu erstellen.

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur umweltfreundlichen Energiegewinnung sind auch vom Land Schleswig-Holstein zu fördern.

Zur Sicherung einer ausreichenden Energie-Versorgung müssen auch in Schleswig-Holstein weitere Kraftwerke gebaut werden. Das Land soll geeignete Standort auf der Grundlage einer langfristigen Gesamtplanung unter Überprüfung der Energiebedarfszahlen ausweisen. Dabei sind die parlamentarischen Gremien einzuschalten. Bei der Standortwahl müssen ökologische Gesichtspunkte mindestens gleichrangig mit den ökologischen berücksichtigt werden. Die Grundlagenuntersuchungen über die ökologische

tragbaren Grenzen der Belastung der Elbe und Ostsee müssen vorangetrieben werden.

Die Staffung der Genehmigungsverfahren für energiewirtschaftliche Anlagen darf nicht zu einer Beeinträchtigung umweltpolitischer und sicherheitstechnischer Anforderungen führen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit sind durch frühzeitige und vollständige Information über die Planung zu verbessern.

Wir sind gegen die Ansiedlung von umweltbelastender Industrie, einschließlich Kernkraftwerke, in den von der Landes- und Kreisplanung direkt als Naherholungsgebieten vorgesehenen Regionen, z.B. zwischen Kreisgrenze Pinneberg und Brunsbüttel.

Wir sind entschieden gegen die Art und Weise, mit der z.B. die Gemeinden und der Kreis Steinburg durch die Landesplanung überfahren werden, wenn es um die Standortfestlegung für Großindustrie und Kernkraftwerke geht.

Wir sind der Auffassung, daß die letzten Erkenntnisse über die tatsächlichen Auswirkungen bei Immissionen und im Bereich Ökologie, wie sie z.B. im kürzlich erfolgten Atom-Hearing deutlich wurden, aber auch in den aktuellen Forschungsergebnissen auftraten, erst vollständig bei Baugenehmigungen Berücksichtigung finden müssen, bevor weitere Werke errichtet werden können.

Bei allen Fragen der Industrieansiedlung und Energieerzeugung haben nach unserer Auffassung nur die Belange des Menschen und seine auch in Zukunft möglichst lebenswert-gesunde Umwelt absoluten Vorrang.“



NR. 5475

Wilster



Sozialminister Karl Eduard Claussen bei seinem Referat.



Die Zuhörer verfolgten interessiert den Ausführungen des Sozialministers.

**Sozialminister Claussen gestern in Wewelsfleth**

## Kraftwerkstandort Brokdorf noch ungewiß

**up. WEWELSFLETH.** Der CDU-Ortsverband Wewelsfleth führte gestern im Neuen Fährhaus eine Wahlkundgebung durch, zu der Ortsverbandsvorsitzender Kurt Jochimsen vor zahlreichen Zuhörern den schleswig-holsteinischen Sozialminister Karl-Eduard Claussen und den Landtagskandidaten Hans Bumann begrüßen konnte.

Sozialminister Claussen stellte in einem Kurzreferat die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein dar. Nach seinen Worten habe die Politik der von der CDU getragenen Landesregierung in einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Stagnation in Schleswig-Holstein zu einem erfreulichen Aufschwung auf dem industriellen und gewerblichen Sektor mit einem erheblichen Zuwachs an Arbeitsplätzen geführt.

Es sei das Ziel einer zukünftigen CDU-Landesregierung, durch weiteres Wirtschaftswachstum neue

Arbeitsplätze zu schaffen und die vorhandenen abzusichern. Dazu bedürfe es der Erschließung neuer Energiequellen, so daß der Bau von Kernkraftwerken grundsätzlich zu bejahen sei.

Gleichzeitig mit der Planung und dem Bau solcher Anlagen müsse dem Schutz der Umwelt verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Wahl des Standorts müsse daher mit großer Gesissenhaftigkeit vorgenommen werden.

Hinsichtlich des Standorts Brokdorf sei noch keine abschlie-

Bende Stellungnahme und Entscheidung seinerseits erfolgt, da das gesetzliche Prüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Sozialminister Claussen erhob in seinen weiteren Ausführungen gegen die SPD und FDP den Vorwurf, sie wollten die persönliche Freiheit des Einzelnen einschränken und durch ein Mehr an Staat ersetzen.

In der abschließenden kurzen Diskussion, bei der es fast ausschließlich um die Standortwahl für das geplante Kernkraftwerk ging, meldeten sich überwiegend Gegner des Baues zu Wort. Sozialminister Claussen verwies bei konkreten Fragen auf die Kompetenz der Sachverständigen.

FL  
diana  
Tocht  
Empfa  
im Kre

Der

bahnen

Gemei

er auc

schließ

tätig. V

als So

Hierna

Eisenba

war er

Margar

Brunsb

Auf e

St. Mar

seine a

Ehefrau

wohnte

40

WEW

zimmer

haft in

kann a

40jähri

werft E

Am

und E

Firma

unter

Hugo

riger

März

mit g

Bis

diens

man

nen

11. 9

stete



# „Woran erweist sich ein demokratisches Verhalten?“

**WILSTER.** Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Stefan Karkow von der Bürgerinitiative Umweltschutz hat sich Gedanken um die Art und Weise des Wahlkampfes der verschiedenen Parteien gemacht. Er stellt seine Meinung unter die Überschrift:

**Den Feinden unserer Demokratie eine Ohrfeige – oder woran erweist sich demokratisches Verhalten?**

Mit Plakaten, Annoncen und Sendungen an alle Haushalte werben die Parteien um die Gunst von Wählern. Besonders interessant sind die vielen Stimmen zum Beispiel einer Bürgerinitiative.

Sogar die NPD, die jahrelang unter ihrem Vorsitzenden Harry Lagies mit einer „Aktion Energiesicherung“ für den Bau von Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein Stimmung gemacht hat, tritt jetzt mit Sicherheitsparolen im Zusammenhang mit den Gefahren der Kernenergie auf. Die einzige Sicherheit aber ist kein Atomkraftwerk in Brokdorf.

Andere Parteien kämpfen offenbar gegen die Ziele der Bürgerinitiative. So hat der Bürgermeister von Borsfleth (CDU) die Bürgerinitiative angezeigt, sie hätte unerlaubt Plakate gegen ein Atomkraftwerk bei Brokdorf geklebt. Auch der Bürgermeister von Brokdorf (CDU) hat mit Anzeige gedroht.

Doch die CDU hat nicht nur nachweislich Plakate an Stöpen, Elektrohäuschen usw. geklebt, die

CDU hat den traurigen Ruhm – im Verein mit der KPD – bei Nacht und Nebel Plakate gegen das geplante Brokdorfer Atomkraftwerk überklebt und zerstört zu haben.

Unabhängig vom Wahlkampf hat sich allein die FDP um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problem eines Atomkraftwerks bei Brokdorf bemüht. Die Wähler mögen es ihr danken.

---

## Landjugend informiert

**WILSTER.** Die Landjugendgruppe Wilster lädt zu einem Referat „Sinn des Wahlkampfes“ um 20 Uhr heute im Landhaus ein.

## Kurs Französisch für Anfänger fiel aus

**WILSTER.** Die Volkshochschule Wilster teilt mit: Wegen Erkrankung der Dozentin mußte der Kurs am Dienstag ausfallen. Der Wiederbeginn wird durch die Presse bekannt gegeben.

N.R. 10.4.75

# Der Leser hat das Wort

## Ob grün, rot oder getupft ...

Das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf wird sicherlich die bereits bei uns in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke nicht nur durch seine Leistung (1290 MW), sondern auch durch seine äußere Gestaltung die übrigen übertreffen.

Denn: Für eine geschmackvolle und unauffällige Anpassung an unsere Marschlandschaft bürgen der Kreis Steinburg und die Gemeinde Brokdorf. Schließlich haben sie hier denn doch ein Wörtchen mitzureden! Ein Planerteam, zu dem auf Grund des vorbehaltenen Mitspracherechts der Kreis Steinburg sowie fachkundige Männer aus der Gemeinde Brokdorf gehören, bereiste extra die Kernkraftwerke Biblis und Esenshamm. Vielleicht wird das Brokdorfer Atomkraftwerk dank der emsigen Bemühungen um die äußere Ge-

stalt einmal der Anziehungspunkt im Naherholungsgebiet: Für jedermann weithin sichtbar durch seine freundlichen, lebensbejahenden Farben. Das Kiefernwäldchen lädt den erholungssuchenden Großstädter zu einem Sonntagsrundgang ein. Auch der Brokdorfer Fremdenverkehrsverein sollte es nicht versäumen, dieses neue, durch Farben und Aufforderung getarnte Symbol in seine Werbung aufzunehmen. Schließlich hat nicht jeder Erholungsort ein solches Wahrzeichen in seiner Plakette!

Ob der Anstrich grün, rot oder getupft, ob durch Nadel- oder Laubwald verdeckt, die Gefährlichkeit läßt sich nicht verdecken und das Atomkraftwerk bleibt, was es ist: Ein sanfter Mörder!

**Bürgerinitiative Umweltschutz  
Der Vorstand**

N.R. 35.75



# Der Leser hat das Wort Keine Spielweise für radikale Minderheiten!

Regierungen und Behörden, Parteien und Wirtschaftsverbände bequemen sich allmählich dazu, einzusehen, daß die Bürgerinitiativen gegen umweltbelastende Industrieansiedlungen keine Spielweise für radikale Minderheiten sind.

Es fällt ihnen zwar außerordentlich schwer, denn von ihnen in Wahlzeiten so oft berufenen und zitierten „mündigen Bürger“ gerade in den Bürgerinitiativen wiederzuerkennen. Aber das ist schließlich begreiflich, wenn man bedenkt, daß ihnen dort der gewohnte Kontakt über den

Fraktionszwang, die gegenseitige Abhängigkeit und die sogenannte Solidarität der Kumpanei verlorengelht.

Damit es nun zu dem „fairen Dialog“ kommt, von dem kürzlich auch Minister Matthöfer sprach, muß der mündige Bürger zunächst politisch, rechtlich und materiell in den 'Stand gesetzt werden, als gleichrangiger Partner zu reagieren.

Dazu unsere Forderungen:

- 1.) Eine frühe Einbeziehung in die Planungen, damit Einwände und Bedenken sich mög-

lichst rechtzeitig artikulieren können und Argumente für oder wider ein Projekt nicht an bereits aufgebauten Fronten abprellen.

- 2.) Eine verstärkte Rechtskontrolle der Verwaltung, indem man Umweltschutzverbänden eine Klagebefugnis einräumt. Auch dadurch könnten Planungsunterlagen frühzeitig öffentlich gemacht werden.
- 3.) Bürgerinitiativen sollten die Möglichkeit erhalten, über einen eigens dazu eingerichteten Fonds bei den Genehmigungsbehörden ein Gutachten in Auftrag zu geben. Dadurch würde der Verdacht ausgeräumt, daß das Gutachten des Antragstellers auf den Bau des Atommeilers ein Gefälligkeitsgutachten sei.
- 4.) Außerdem müßte der Erörterungstermin vor dem Bau eines Reaktors in seiner Struktur we-

sentlich verändert werden.

Auch die Untersuchung des Batelle-Instituts bezeichnet die bisherigen Erörterungstermine als „funktionslos“, weil der Bürger daraus den Eindruck gewinnt, daß seine Einwände nur formal behandelt und nicht ernst genommen würden.

Diese Forderungen stützen sich im wesentlichen auf die vom Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebene Studie des Batelle-Instituts. Minister Matthöfer findet diesen wissenschaftlichen Rat so ausgezeichnet, daß er die Bürgerinitiativen nicht nur an der Standortplanung, sondern auch „grundsätzlich“ an wirtschafts- und energiepolitischen Problemen beteiligen möchte. Auf denn ans Werk! Wir sind bereit.

**Bürgerinitiative  
Umweltschutz Unterelbe  
Der Vorstand  
E. Sachse**

N.R. 30.5.75

Istermarsch



**WILSTER**

## **Brokdorfer Flächennutzungsplan genehmigt**

BROKDORF/ KIEL. Der genehmigte Flächennutzungsplan für Brokdorf wurde nunmehr von Amtsvorsteher und Bürgermeister Eggert Block und Kreisbaudirektor Klaus Fischer aus Kiel abgeholt. Lediglich geringfügige Auflagen bei den Planzeichnungen wurden gemacht, die aber in Kürze abgeändert werden, nachdem sie während der nächsten Gemeindevertretersitzung besprochen worden sind.

V  
de  
gen  
ein  
ein  
ten  
du  
de  
du  
ge

15  
fo  
Fl  
A  
m  
K  
q  
C  
I



am Donnerstag, um 5.6.75, um  
15.00 Uhr: Gemeindeglieder

gemeinde freut sich über die  
denen Gäste.

# Brief an den Ministerpräsidenten

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) beschäftigte sich mit dem Vorgehen während einer Sitzung im schleswig-holsteinischen Landtag. Sie schrieben daraufhin folgenden Brief an Ministerpräsidenten Dr. Stoltenberg:

„Die BUU hat am 27.5.75 mit einer Delegation von 12 Personen an der Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtages zur Regierungserklärung teilgenommen. Im Landtag patrouillierten (deshalb?) starke Polizeikräfte mit Hunden, obwohl das Haus nur mit Einlaßkarten zu betreten war und sich auf der Tribüne außer uns 3 Schulklassen und Kriminalpolizei befanden.

Als die Bürgerinitiative auf der Tribüne anlässlich der Ausführungen unseres Herrn Ministerpräsidenten, Schleswig-Holstein brauche Kernenergie, ein 8 m langes Transparent mit der Aufschrift: „Die Elbmarschen wollen das Atomkraftwerk Brokdorf

nicht, verkauft ihr uns, geht's vors Gericht! Seit Wyhl kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid“ entrollt hatte, wurde sie vom Saalordner darauf aufmerksam gemacht, daß dies unzutraglich sei und hielt sich umgehend an diese Auflage.

Gleichzeitig stürzten etwa 30 Polizisten mit Bluthunden zur Tribüne. Nur durch das besonnene Auftreten des Saalordners wurden wir vor Schlimmerem bewahrt.

Es ist zu fragen, ob man auch im Zukunft Hunde auf Bürger hetzen will, die in ihrer Verzweiflung, allein gelassen zu werden, unter Zurückstellung ihres Berufes - vornehmlich der Landwirtschaft - die aus dem entferntesten Teil des Landes, der Wilstermarsch, sich auf den Weg in die Landeshauptstadt gemacht haben, um das unselige Problem Atomkraftwerk Brokdorf endlich auch einmal überregional diskutiert zu sehen.

Stefan Karkow

„... Heil“

NR. 31.5.75

## Der Leser hat das Wort

31.5.75

**Betr.: Offener Brief des Herrn Stefan Karkow an den Präsidenten und die Parteien des Landtages von Schleswig-Holstein in Ihrer Ausgabe vom 30.5.1975.**

**Erlauben Sie mir, dazu einige kritische Anmerkungen zu machen.**

Liest man diesen offenen Brief an den Präsidenten und die Parteien des Landtages, so kann man nur zu der Schlußfolgerung kommen: Hier werden bewußt Vorkommnisse entstellt und verzerrt wiedergegeben.

Zwölf Mitglieder der Bürgerinitiative „Umweltschutz Unterelbe“ reisen als angebliche Delegation, ich sage dazu Besuchergruppe, nach Kiel, mit dem Ziel, die Landtagssitzung zu stören. Sie wundern sich, daß der Landtag scharf bewacht wird und geben an (deshalb?), daß es ihretwegen geschieht. Daß sämtliche Landtage seit den letzten Terroranschlägen besonders gut bewacht werden, wird verschwiegen. Selbstverständlich wissen die Umweltschützer auch nicht,

was übrigens jeder einigermaßen informierte Bürger weiß, daß es aus bestimmten Gründen, die hier anzuführen zu viel Platz in Anspruch nehmen würden, verboten ist, innerhalb der Bannmeile und im Plenarsaal zu demonstrieren. Um die geplante Demonstration zu verhindern oder aufzulösen, wird Polizei eingesetzt. Selbstverständlich nicht mit gut ausgebildeten Polizeihunden, die ihren Herrn aufs Wort gehorchen, nein, es sind Bluthunde, reißende Bestien, die nur dazu da sind, auf harmlose Demonstrationen gehetzt zu werden.

Wahrlich Herr Stefan Karkow, mit diesem offenen Brief haben sie der Bürgerinitiative keinen guten Dienst erwiesen. Zu offensichtlich ist zu ersehen, daß hier ein harmloser, von der Bürgerinitiative provozierter Vorfall, bombastisch hochgespielt werden soll. So geht es nun einmal nicht. Es gibt in unserer Demokratie genug andere, legale Wege, um zu seinem angeblichen Recht zu kommen und seine Meinung kundzutun.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Karl Heinz Keuter**



**Bürgerinitiative für Umweltschutz Unterelbe noch immer aktiv**

# In drei Wochen Theaterfahrt mit Pferd und Wagen durch die Dörfer

bo BROKDORF. Die Bürgerinitiative für Umweltschutz Unterelbe, speziell für das geplante Atomkraftwerk Brokdorf traf sich, um über die Antrittsreden der Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag, die sich auch auf Brokdorf bezogen, zu diskutieren.

Die Bürgerinitiative schickte an alle drei Parteien Briefe mit der Bitte um Stellungnahmen zu folgenden Fragen: „Wird mit dem Bau des Kernkraftwerkes vor oder nach der Baugenehmigung begonnen?“ und ob die Sprecher der einzelnen Parteien in ihren Antrittsreden das Problem Brokdorf aufnehmen könnten.

Zu den Antrittsreden führen zwölf der Initiative Angehörigen gereist, um mit den Politikern zu sprechen. Doch in einem Gespräch mit Uwe Ronneburger von der FDP, Ernst-Wilhelm Stojan von der SPD, und Regierungsdirektor Schwarze von der CDU ergaben sich keine konkreten Antworten.

Ebenfalls blieb die speziell an Gerhard Stoltenberg gerichtete Frage, ob die Bürgerinitiative in Biehl am Rhein ein Vorbild sein und die Regierung veranlassen könnte, ebenso zu verfahren, unbeantwortet. Die dortige Bürgerinitiative erreichte, daß das Bauvorhaben des Kernkraftwerkes gestoppt wurde.

Als erster griff Ronneburger das Problem des Umweltschutzes in seiner Antrittsrede auf. „Fast noch

wichtiger erscheinen mit die politischen Fragen zu sein, die in Zusammenhang mit Umweltfragen zum Vorschein kommen.“ Das erste sei die immer häufiger werdende Tatsache, daß Entscheidungen die ihrer Natur nach zur Disposition eines Landesparlaments stehen müßten und der Mitwirkung kommunaler Gremien bedürften, vor Gericht entschieden würden.

„Der zweite Punkt“, so Ronneburger weiter, „in diesem Zusammenhang ist folgender: wenn unsere Informationen zutreffen, dann wird zum Beispiel in Brokdorf an einer Straße, die eindeutig dem geplanten Kernkraftwerk dient, gearbeitet und es finden Tag und Nacht Aufspülungen statt für das geplante Objekt, und dies alles, obwohl der Erörterungstermin im Herbst vergangenen Jahres vorzeitig abgebrochen wurde und bis heute eine Baugenehmigung nicht vorliegt. Wie wollen wir denn vor unseren Bürgern verantwortungsvoll handeln, wenn durch solche Aktivitäten das Bewußtsein von Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvollem Regierungshandeln erschüttert wird.“ Das es sich hierbei nicht um ein Einzelbei-

spiel handele, sei wohl klar, weitere Beispiele könne man aus anderen Bundesländern ergänzen.

Nun nahm auch Stoltenberg Stellung zu dem Problem und meinte, Brokdorf sei in der Tat zeitlich vorgezogen worden. „Und hier ist vor der Grundsatzentscheidung nichts so ausführlich diskutiert worden wie wir es sonst machen und auch in Zukunft wollen.“ Der Erörterungstermin in Wilster sei nicht abgebrochen worden, sondern er sei trotz unwürdigen und massiven Störungen durch auswärtige organisierte Gruppen ordnungsgemäß abgeschlossen worden. „Die Maßnahmen des Straßenbaus und der Naherholung, die eingeleitet wurden, haben auch in sich einen Wert.“

Die Bürgerinitiative, so teilte uns Stefan Karkow mit, setze sich aber noch nicht auf die „faule Haut“. Sobald die Baugenehmigung für das Kernkraftwerk vorläge, gäbe es eine Klage, die erwirken soll, daß das Bauvorhaben sofort gestoppt werde.

Außerdem übten die Mitglieder der Initiative an einem Theaterstück, daß sich gegen das Atomkraftwerk richte. In etwa drei Wochen werde die „Schauspieltruppe“ dann mit Pferd und Wagen von Dorf zu Dorf ziehen und ihr kleines Stück vorführen.



## WILSTER

### Treffpunkte

**Dienstag, 3. Juni**

- MTV Wilster 20 bis 22 Uhr Turnen Männer (Trimmgruppe) Turnhalle Schulzentrum, 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr Volleyball Jugend B (Jungen 15 und 16 Jahre), Schulzentrum 19.30 bis 22 Uhr Tischtennis Damen, Herren III und Anfänger, Turnhalle bei der Wolfgang-Ratke-Schule.
- Arbeitsamt Wilster 17 - 19 Uhr Abendsprechstunde, Etatsrätin-Doos-Straße 6.
- Jugend-Rot-Kreuz Wilster 18.30 bis 20 Uhr, Gruppenstunde der Gruppe II (14 bis 17 Jahre).
- Kinderstube Wilster, 8 bis 12 Uhr, Pastorat, Markt 12.
- Kinderstube St. Margarethen 8 bis 12 Uhr, Gemeindesaal.
- Frauenchor Wilster, 20 Uhr Übungsabend im Gasthof Zur Linde.
- DLRG Brokdorf, 18 bis 20 Uhr Schwimmbildung, Freibad Itzehoe.

### Wir gratulieren

WILSTER. Martha Elsner feiert am heutigen Dienstag, 3. Juni, ihren 83. Geburtstag. Die Jubilarin wohnt in der Etatsrat-Michaelsen-Straße 11. Unsere Zeitung gratuliert herzlich.



# Vorerst keine eigene Klage gegen Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf

**DAMMFLETH.** Fragen über die eventuelle Beteiligung der Gemeinde Dammfleth an einer Klage gegen die Errichtung des geplanten Kernkraftwerkes in Brokdorf standen im Mittelpunkt der Beratungen während der Sitzung der Gemeindevertretung Dammfleth, die in der Gaststätte „Poßfelder Hof“ (Inhaber: Alfred Pech) in Poßfeld stattfand.

An der von Bürgermeister Walter Mehlert aus Rotenmeer geleiteten Sitzung nahmen alle neun Gemeindevertreter teil. Außerdem war Amtmann Noffke vom Amt Wilstermarsch anwesend, der auch das Protokoll führte.

Aufgrund eines Schreibens der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe diskutierten die Gemeindevertreter darüber, ob die Gemeinde Dammfleth gegen die zu erwartende Genehmigung zum Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf selbst Klage erheben oder die Bürgerinitiative durch die Gewährung eines Zuschusses zu den Prozeßkosten unterstützen sollte. Nach eingehender Beratung wurde Bürgermeister Mehlert beauftragt, zunächst die noch offenen rechtlichen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Kosten für die Gemeinde bei einer eigenen Klage, zu klären. Über das weitere Vorgehen soll dann in einer weiteren Sitzung entschieden werden.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Bürgermeister die Haushaltsrechnung für das Jahr 1974 vorgelegt. Die Solleinnahmen und Sollausgaben betragen im Verwaltungshaushalt jeweils 354 882,31 Mark und im Vermögenshaushalt jeweils 56 387,06 Mark. Das Gesamtvolumen der Haushaltsrechnung beläuft sich somit auf 411 269,37 Mark. In dieser Summe ist der Sollüberschuß in Höhe von 44 663,72 Mark enthalten. Er ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Mittel für den Jammerthaler Weg wegen der

Verzögerung der Ausbauarbeiten bis zum Jahresende nicht mehr ausgegeben werden konnten.

Die Haushaltsrechnung war bereits am 20. Mai 1975 von dem zuständigen Ausschuß, dem die Gemeindevertreter Albert Springer aus Hochfeld, Hermann Ewers aus Neufeld und Karl-Heinz Diercks aus Rotenmeer angehören, geprüft worden. Dabei wurden keine Beanstandungen erhoben. Die Haushaltsüberschreitungen bei verschiedenen Verrechnungsstellen im Gesamtbetrag von 26 161,26 Mark wurden als notwendig anerkannt. Auf den entsprechenden Vorschlag des Ausschusses wurden dem Bürgermeister, dem Kassenleiter und dem Kassenaufsichtsbeamten vorbehaltlos Entlastung erteilt und die Haushaltsüberschreitungen nachträglich genehmigt.

Anschließend hatte die Gemeindevertretung sich noch einmal mit der Vermögensauseinandersetzung des Schulverbandes Wilstermarsch zu befassen. Sie stimmte dem vom Schulverband vorgelegten Vertragsentwurf einmütig zu. Danach hat die Gemeinde Dammfleth für die Übernahme der Wolfgang-Ratke-Schule als Grundschule in Wilster einen anteiligen Ausgleichsbetrag in Höhe von 51 152,28 Mark aufzubringen, der in vier gleichen Jahresraten ab 1975 zu zahlen ist.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschlossen, bei der ehemaligen Hochfelder Schule, die jetzt als Mietwohngrundstück genutzt wird,

für die Wohnung im Obergeschoß eine Garage aufzustellen. Der Auftrag soll an die Firma Baumann in Sankt Margarethen vergeben werden. Die Kosten betragen 1375 Mark.

Die beiden Wohnungen in der früheren Schule sind inzwischen bereits wieder vermietet worden. Die entsprechenden Verträge wurden von der Gemeindevertretung erörtert.

Dem landwirtschaftlichen Verein bewilligte die Gemeindevertretung für die Tierschau anlässlich des 100jährigen Jubiläums eine Zuwendung in Höhe von 200 Mark.

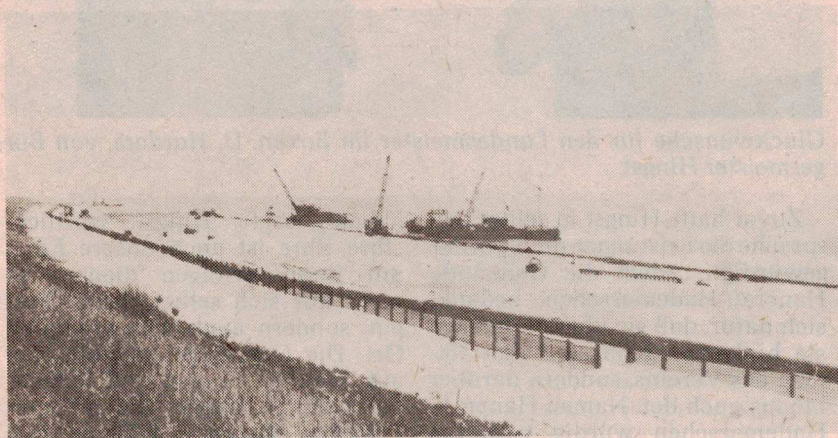
Der Antrag eines Landwirts auf Gewährung eines Zuschusses zum Ausbau seiner privaten Grundstückseinfahrt mußte aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden. Die Gemeinde Dammfleth sieht sich aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, neben den öffentlichen Straßen und Wegen auch noch Privatwege auszubauen oder zu unterhalten.

Zum Abschluß der Sitzung teilte Bürgermeister Mehlert mit, daß es nach langen Bemühungen und Verhandlungen nun doch gelungen sei, das Straßenbauamt zur Herstellung eines weiteren Überweges zwischen der Straße und dem Rad- und Fußweg in Hochfeld bei der Bushaltestelle an der Abzweigung nach Klein Kampen zu bewegen.

Dagegen sei die von der Gemeinde Dammfleth erhobene Forderung nach einem Rad- und Fußweg entlang der Kreisstraße 14 in Neufeld und der Landesstraße 170 in Rotenmeer, die als Erschließungsstraßen für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf ausgebaut werden sollen, sowohl vom Kreisbauamt als auch vom Straßenbauamt in Itzehoe abgelehnt worden.



# Fahrrinne in der Elbe wird ausgehoben



bl. BROKDORF. Zur Zeit gehen auch die Vorbereitungen zum Bau des Kernkraftwerkes weiter voran. Dieser Sandstrand wurde mit dem Elbesand aufgeschüttet. Das lange Rohr befördert den Sand an Land. Außerdem wird gleichzeitig eine Fahrrinne für die Schiffe, die dort anlegen werden, geschaffen.

**Nicht berücksichtigt:  
Gewerbegebiete**

**Nicht berücksichtigt:  
Erweiterung Klärwerk**



Mops 1.7.70

### **Pinself-Protest gegen Kraftwerk**

Hamburg — Gegen den Bau eines Kernkraftwerks in Brokdorf Krs. Steinburg durch die Hamburgischen Elektrizitätswerke haben unbekannte Täter auf der BAB 431 protestiert. Im Strecken-Abschnitt zwischen Wewelsfleth und Sankt Margarethen wurde in großen Lettern und mit weißer Farbe „KKW NEIN“ „ÜBERALL IST WYHL“ auf die Fahrbahn gemalt. Die Aufschriften sind etwa einen Meter hoch und erstrecken sich über beide Fahrbahnschienen.



zogen werden.

## **Boseniuk Hausmeister der NKW**

bl. BROKDORF. Der Gemeindevertreter Werner Boseniuk ist ab 1. Juli als freier Mitarbeiter bei den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) angefangen. Das teilte Bürgermeister Block auf der vergangenen Gemeindevertretersitzung in Brokdorf mit. Boseniuk obliegt die Hausmeistertätigkeit der ehemaligen Schule, die Betreuung der von der NWK gekauften Grundstücke, und außerdem soll er Ansprechpartner sein, um Anregungen, Wünsche, Bedenken und Sorgen aus der Bevölkerung entgegenzunehmen. die er dann an die entsprechenden Personen der NWK weiterleiten wird.

42,75 N.R.



## Günstige Finanzierungsmöglichkeiten für die Gemeinde Wewelsfleth

bl. WEWELSFLETH. Wie gestern berichtet, tagte die Gemeindevertretung Wewelsfleth. **Hauptsächlich ging es in der Sitzung um die Finanzierung des Neubaugebiets an der Humsterwettern, über die Naherholungsmaßnahmen und den Ausbau der Straße Klein Wisch.**

Durch diese Maßnahmen hat sich der Vermögenshaushalt gegenüber bisher 733 620 Mark um 377 600 Mark auf 1 111 220 Mark erhöht und somit die Rekordhöhe erreicht. Es erhöht sich damit auch der aufzunehmende Darlehensvertrag, der mit 70 000 Mark veranschlagt war, auf 175 600 Mark.

Weiter wurde auf der Sitzung beschlossen, einen inneren Kredit in Höhe von 95 000 Mark aufzunehmen. In Abstimmung mit der Kommunalaufsicht soll ein Darlehen aus der Alwine-Thießen-Stiftung entnommen werden. Diese Stiftung, die bei der Verbandsparkasse mit einem jährlichen Prozentsatz von fünf Prozent festgelegt ist, beträgt zur Zeit 95 329,98 Mark. Die Zinsen werden selbstverständlich für den Stiftungszweck, Finanzierung der Betreuung alter Leute, verwendet.

Die Gemeinde wird dann ein zweites Darlehen in Höhe von 55 000 Mark von der Verbandsparkasse zu günstigen Bedingungen aufnehmen, so daß sich ein effektiver Zinssatz für das insgesamt aufzunehmende Darlehen von etwa 6 Prozent ergibt. Bei dieser günstigen Finanzierungsmöglichkeit sahen es die Gemeindevertreter als nicht zweckmäßig an, die Maßnahmen solange hinauszuschieben, bis auch die restlichen Erschließungsarbeiten im 2. Bauabschnitt ausgeführt werden können.

Ferner wurde auf der Gemeindevertretung beschlossen, eine zweite Erschließungszahlung zur Finanzierung des 1. Bauabschnitts von sämtlichen Grundstückseigentümern des gesamten Bauabschnitts zu fordern. Diese 2. Erschließungsgebührenvorauszahlung in Höhe von 5 DM je Quadratmeter Grundstücksfläche, die noch in diesem Jahr fällig wird, soll einen Betrag von insgesamt 100 000 Mark erbringen. Die endgültige Abrechnung des Erschließungsbeitrags jedoch kann erst vorgenommen werden, wenn auch im 2. Bauabschnitt die Arbeiten abgeschlossen sind.

Soweit zum Punkt Neubaugebiet. Weiter ging es auf der Tagesordnung mit dem Punkt Vermögensauseinandersetzung Schulverband Wilstermarsch. Die Gemeindevertretung stimmte dem neu aufgestellten Vertragsentwurf der Auseinandersetzung zu. Dieser Vertrag, der zunächst nur die Übernahme der Wölfgang-Ratke-Schule vorsieht, bedeutet für die Wewelsflether eine Ausgleichszahlung in Höhe von 86 427,35 Mark, die in drei Raten in Höhe von je 28 809 Mark aufzubringen sind. Laut Vertrag ist die erste

Rate bereits am 1. Juli fällig gewesen, die beiden anderen werden am 1. April 1976 und am 1. April 1977 gezahlt. Über die Übernahme der übrigen Schulgebäude, so auch die der Wewelsflether Schule, soll später entschieden werden.

Zum Tagesordnungspunkt Erdgasversorgung beschloß die Gemeindevertretung bei der Schleswag den Antrag zu stellen, sie (die Schleswag) möge Erkundigungen über Bedürfnis und Interesse bei den Wewelsflether Einwohnern einholen.

Unter dem Punkt Verschiedenes konnte Bürgermeister Sachse besonders für die Segler die freudige Mitteilung machen, daß nämlich für sie an der Anlegebrücke eine Wasserzapfstelle während der Sommersaison geschaffen worden ist und außerdem Müllkübel bereitstehen, damit der Hafenplatz saubergehalten werden kann.

Der Bordstein vor dem Grundstück von Hildebrand bis Maihofer in der Deichreihe ist so stark beschädigt, daß der Bauausschuß eine Besichtigung vornehmen wird. Es ist vorgesehen, den Bordstein höher und in Beton zu setzen sowie den Plattenbelag durch Verbundsteinpflaster zu ersetzen.

Weiter wurde den Gemeindevertretern mitgeteilt, daß der Betonlichtmast an der Anlegebrücke am Hafen so stark beschädigt ist, so daß er gegen einen Metallmast ausgewechselt werden soll.

Um einen Antrag der Veba ging es in der nächsten Mitteilung, dazu gab der Bürgermeister zur Kenntnis, daß auf den Antrag bezüglich der Kühlwasserentnahme aus der Stör die Gemeinde vorsorglich Bedenken anmelden werde. Er forderte die Öffentlichkeit auf, Einwendungen und Bedenken vorzubringen. Zur Anmeldung der Bedenken kamen die Gemeindevertreter erst nach längerer Diskussion. Mit diesen Bedenken schließt sich Wewelsfleth der Gemeinde Stördorf, die ebenfalls Bedenken erhoben hat, an.

Vorletzte Bekanntmachung unter Punkt Verschiedenes war, daß die Beschilderung in Wewelsfleth „Schönes Dorf“ entfernt werden soll, da diese Schilder unansehnlich geworden sind. Bei passender Gelegenheit sollen sie daher versteigert werden, der Erlös wird dem Turnhallenfonds zugute kommen.

Abschließend teilte Bürgermeister Sachse mit, daß Angebote für den Bau von zwei Feuerlöschbrunnen eingeholt worden sind. Ein Feuerlöschbrunnenn soll von der Gemeinde gebaut werden. Der Standort dieses Brunnens muß noch mit dem Bauausschuß sowie mit der Feuerwehr abgestimmt werden. Der zweite Feuerlöschbrunnen wird im Wochenendgebiet entstehen. Allerdings liegt das Einverständnis noch nicht vor. Die Gemeinde hat einen Erschließungsvertrag mit Herrn Buschmann abgeschlossen, nach dem er der Kostenträger ist.



# Bürgerinitiative erneut gegen Zersiedlung durch Großbetriebe

## Besorgnis über geplantes Atomkraftwerk geäußert

Stade / Wewelsfleth (poe). In einem Schreiben an die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe jetzt noch einmal ihre Zielsetzung neu formuliert. Ausgehend von dem Wissen um die „negativen Auswirkungen des geplanten Atomkraftwerkes bei Brokdorf“ (das Tagblatt berichtete mehrfach darüber) heißt es unter anderem: Die Arbeit der Bürgerinitiative soll bewirken, daß die Elblandschaft, die Qualität der Luft sowie des Wassers und die Gesundheit der Bevölkerung nicht der Erzeugung zusätzlicher elektrischer Energie geopfert werden.

Die in der Bürgerinitiative agierenden Umweltschützer hatten festgestellt, daß das Untere Elbegebiet immer noch eine weitgehend intakte Region mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung ist und einen hohen Freizeitwert hat, gleichzeitig jedoch mit Besorgnis registriert, daß die Immissionsbereiche nicht am Elbufer oder an den Landesgrenzen „haltmachen“. Sie würden vielmehr nach dem heutigen Stand der Planungen bereits weite Gebiete an der Elbe erfassen, da Stade-Bützfleth, Drochtersen, St. Margarethen-Brunsbüttel und Otterndorf-Cuxhaven-Neuwerk für künftige Industrieansiedlungen vorgesehen sind.

Grund genug für die Umweltschützer, die Freihaltung der verbleibenden Flächen von Industriebetrieben nachdrücklich zu fordern. Die Bürgerinitiative: „Diese Landschaften müssen geschützt werden, um die starke Zersiedelung durch Großbetriebe, die Umwandlung hochwertiger landwirtschaftlicher Böden und die Zerstörung notwendiger Naherholungsgebiete zu beenden.“

Hinzu komme, daß das geplante Atomkraftwerk bei Brokdorf mehr Strom erzeugen solle, als heute für den Spitzenbedarf Schleswig-Holsteins produziert wird. Dieser gewaltige Zuwachs kann nach Ansicht der Bürgerinitiative nur für neue industrielle Großverbraucher vorgesehen sein, „die als Umweltverschmutzer aus dem Ruhrgebiet und aus Stade-Bützfleth hinreichend bekannt sind“.

Beim Betrieb von Atomkraftwerken würden zudem langlebige radioaktive Spaltprodukte entstehen. Es ließe sich dabei nicht verhindern, daß ein Teil davon ständig an die Umgebung abgegeben wird und sich dort anreichert. Bei technischen Pannen oder bei Gewaltanwendung könne somit nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß „eine verheerende Menge radioaktiver Stoffe freigesetzt wird und zur Katastrophe führt“.

Ein Sprecher der Bürgerinitiative: „Politisches Ziel darf nicht, den wirtschaftlichen Interessen der Energieerzeuger folgend, eine möglichst hohe Steigerung des Energieverbrauchs sein, sondern der rationelle Einsatz von Energie, welcher nachhaltig zur Senkung des Energiebedarfs führen muß.“

Anzeige

Jedes Buch bei Schaumburg  
Stade, Gr. Schmiedestraße 27